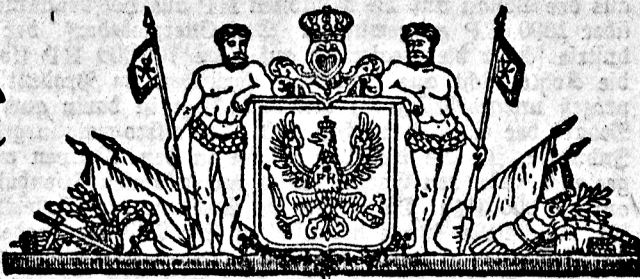


Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

20 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag: Ullstein & Co. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11600 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adressen: Ullsteinhaus, Berlin Postcheckkonto Berlin 660.

Einheitsfront im Reichstag.

Einstimmige Kabinettsbeschlüsse.

Ueber den wesentlichen Inhalt der Erklärung, die der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons, heute nachmittag im Namen der Staatsregierung im Reichstage abgeben wird, hören wir folgendes:

Die Erklärung wird sich fast ausschließlich mit der Frage der Reparation befassen und die Entwaffnungsfrage kaum streifen, weil sie augenblicklich ganz in den Hintergrund getreten ist. Zu den Propositionen der Alliierten hinsichtlich der Reparation wird die deutsche Regierung den Standpunkt in folgender Weise formulieren:

Die Vorschläge der Alliierten, die auf den Beschlüssen der Brüsseler Konferenz fußen, sind für Deutschland unannehmbar. Ihre Unerträglichkeit und Unerfüllbarkeit wird im Rahmen der Erklärung nachgewiesen werden. Gegenüber dem Vorschlag einer Londoner Konferenz Ende Februar wird Dr. Simons für die deutsche Regierung erklären: wenn die Einladung der Alliierten zur Teilnahme der deutschen Regierung an den Besprechungen in London offiziell vorliegt, wird die deutsche Regierung zunächst an die Alliierten die Frage richten, welchen Zweck diese Besprechungen haben und auf welcher Grundlage sie geführt werden sollen. Sollten die Alliierten mitteilen, daß die Pariser Beschlüsse die Grundlage der Londoner Besprechungen bilden sollen und daß mit der deutschen Regierung lediglich über die Ausführung des Pariser Diktates gesprochen werden soll, dann würde die deutsche Regierung es ablehnen, Vertreter nach London zu entsenden.

Gegenüber dem in den Pariser Beschlüssen Deutschland auferlegten Leistungen durch jährlich abgestufte Zahlungen und die Abführung von 12 v. H. der gesamten deutschen Ausfuhr wird die deutsche Regierung, die sich lediglich zur loyalen Durchführung der Bestimmungen des Versailler Vertrages verpflichtet hat, nach denen Deutschland bis 1. Mai 1921 eine genau spezifizierete Aufstellung jener Schäden und Aufwendungen vorzulegen ist, auf deren Ersatz die Alliierten Anspruch erheben, erklären: es könne keinesfalls eine willkürlich angenommene Summe festgesetzt, noch nach dem Friedensvertrag eine Abgabe von 12 v. H. der gesamten Ausfuhr Deutschlands gefordert werden.

Auf den Seydoux'schen Plan und auf die Frage der Genfer Konferenz dürfte in der Erklärung der Regierung nicht näher eingegangen werden.

Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons hat, wie wir hören, in der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts seine Demission angeboten. Dr. Simons, der in den Sonntagen des Jahres 1919 sich gegen eine Unterzeichnung des Versailler Vertrages ausgesprochen hatte, hat das Auswärtige Amt übernommen mit dem Programm, den Friedensvertrag bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit durchzuführen. Sein Rücktritt wäre ein deutliches Bekenntnis gewesen, daß durch die Pariser Beschlüsse eine loyale Durchführung dieses Vertrages unmöglich gemacht wird. Auf die Vorstellung der übrigen Kabinettsmitglieder, daß gerade im gegenwärtigen Augenblick eine Krise im Auswärtigen Amte die Regierung in eine noch schwierigere Situation bringen würde, hat Dr. Simons sein Rücktrittsgesuch zurückgezogen.

Die Beschlüsse im Reichskabinetts sind einstimmig gefaßt worden, ebenso einstimmig ist der Wortlaut der Erklärung ausgehien worden. Dr. Simons in der heutigen Sitzung abgeben soll. Um 1/2 1 Uhr fanden sich die Führer der Fraktionen in der Wilhelmstraße ein, wo sie mit dem Inhalt der Regierungserklärung vertraut gemacht wurden. Wie man hört, haben auch die Parteiführer einmütig zugestimmt. Es ist also innerhalb der Regierung und im Parlament in der Reparationsfrage eine Einheitsfront hergestellt. Nach den Parteiführern erschienen die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses im Auswärtigen Amt. Die Fraktionen traten zwischen 1 und 2 Uhr im Reichstage zusammen, um die Berichte ihrer Führer entgegenzunehmen.

Im Reichstage ist gestern der Gedanke aufgetaucht, mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage eine Verbreiterung der bestehenden Regierungskoalition nach rechts und links vorzunehmen. Sowohl die Deutschnationalen wie die Sozialdemokraten sollten aufgefordert werden, in die Koalition einzutreten. In der Regierung sollten die beiden Parteien durch Reichsminister ohne Parteifäulle vertreten sein. Offizielle Verhandlungen in dieser Richtung sind bis zur Stunde noch nicht geführt worden. Inwieweit

die Anregung Aussicht auch Verwirklichung hat, läßt sich nicht übersehen. Eine solche Koalition würde eine Art Burgfrieden im Innern bedeuten und den Parteien auch Verpflichtungen für die innere Politik auferlegen, von denen sie zurückzukehren. Man ist der Auffassung, daß sich die Einheitsfront, die Geschlossenheit des Reichstages gegenüber den Pariser Beschlüssen auch ohne eine derartige Koalitionsbildung lediglich durch die Erklärungen und die Abstimmungen der Parteien im Parlament deutlich dokumentieren läßt.

Der französische Botschafter Laurent hatte heute vormittag eine Besprechung mit Dr. Simons im Auswärtigen Amt gehabt.

Staatssekretär Bergmann, der als deutscher Delegierter nach Paris entsandt worden ist, um mit der französischen Regierung über den Seydoux'schen Plan zu verhandeln, ist zur Beurlaubung nach Berlin berufen worden. Staatssekretär Bergmann hat vor dem Beginn der Pariser Konferenz mehrere Besprechungen mit Seydoux gehabt. Sie wurden nicht mehr fortgesetzt von dem Tage an, da die alliierten Ministerpräsidenten in Paris zusammentraten.

Briands bevorstehende Kammerrede.

Botschafter Mayer wieder in Paris.

Paris, 1. Februar.

Der Ministerpräsident hat im gestrigen Ministerrat die Erklärung mitgeteilt, die er am nächsten Donnerstag in der Kammer abzuhalten gedenkt. Außer der Interpellation von Marcel Cachin, dem sozialistisch-kommunistischen Deputierten des Seine-Departements, hat Lardieu ebenfalls eine Interpellation über die Beschlüsse der Pariser Konferenz eingebracht.

Der deutsche Botschafter Mayer ist gestern aus Deutschland nach Paris zurückgekehrt.

Paris, 1. Februar. (E. C.)

Kriegsminister Barthou empfing gestern die Militärattachés der fremden Staaten. Er hielt eine Ansprache, in der er betonte, daß Frankreich keinerlei Angriffsabsichten habe. Die Ergebnisse der Pariser Konferenz bezeichnet Barthou als außerordentlich günstig, insbesondere die Maßnahmen zur Entwaffnung Deutschlands. Man dürfe überzeugt sein, daß es nur von Deutschland abhängt, daß die Welt in Ruhe leben und sich ganz der Arbeit und dem Frieden widmen könne. Dies würde dann der Fall sein, wenn Deutschland den Revanchegedanken endgültig aufgeben wolle.

Pertinax bezeichnet im „Echo de Paris“ das Ergebnis der Pariser Konferenz als einen Sieg seiner Politik. Nur ein Bedenken hat Pertinax: daß man nämlich den Deutschen in London Gelegenheit geben werde, über die Ergebnisse der Pariser Konferenz zu sprechen. Er gibt schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß die Londoner Zusammenkunft nur formellen Charakter tragen werde, und daß an den bereits getroffenen Abmachungen keinerlei Veränderungen vorgenommen werden würden.

London, 31. Januar. (W. L. B.)

Im Mittelpunkt des Interesses steht die von Deutschland geforderte Reparation, insbesondere die Frage der Haltung Deutschlands. Die Urteile der englischen Presse, gehen, der politischen Richtung der Blätter entsprechend weit auseinander. Während „Manchester Guardian“, „Westminster Gazette“ und „Star“ die Beschlüsse der Alliierten in der Reparationsfrage zum Teil scharf verurteilen, stimmen „Evening Standard“, „Globe“, „Ball Mall Gazette“ und „Evening News“ den Beschlüssen der Pariser Konferenz zu. Ueber die Haltung Deutschlands herrscht Unsicherheit. Die Mehrzahl der Urteile ist jedoch auf das Wort „Deutschland wird zahlen“ abgestimmt.

Ministerpräsident a. D. Friedrich unter Anklage.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

* Budapest, 1. Februar.

Wie „Az Est“ meldet, hat die Budapest Staatsanwaltschaft beschlossen, gegen den gewesenen Ministerpräsidenten Stephan Friedrich wegen Anstiftung zu der Ermordung des Grafen Stephan Tisza die Anklage zu erheben. Vor dem Militärgericht wurde bereits im Sommer des vergangenen Jahres ein Prozeß gegen mehrere Personen geführt, die der unmittelbaren Täterschaft bei der Ermordung des Grafen Tisza beschuldigt waren. Zwei der Angeklagten wurden vom Militärgericht zum Tode verurteilt, einer von ihnen ist im Gefängnis gestorben. Im Verlaufe des Prozesses behaupteten die Angeklagten, sie seien von Friedrich zur Ermordung des Grafen gebunden worden. Da auch von anderer Seite gegen Friedrich schwere Verdachtsmomente vorgebracht wurden, hat die Staatsanwaltschaft die Erhebung der Anklage verfügt.

Deutsch-österreichische „Aufbaupläne“

Von

Dr. Gustav Stolper.

Wien, Ende Januar.

Die finanzielle Not Deutschösterreichs ist so groß geworden, daß eine Entscheidung unausschiebbar ist. Es sind jetzt fast drei Monate, daß die Wiener Sektion der Reparationskommission ihre Anträge an die maßgebenden Regierungsstellen erstattet hat. Aber bisher ist nichts geschehen, obwohl die führenden Mitglieder der Wiener Kommission persönlich in London und Paris die Annahme ihrer Vorschläge betrieben haben und die Verhältnisse in Deutschösterreich sich so weit zuspitzen haben, daß gewaltsame Verzweklungsausbrüche der Massen nur dank der beispiellosen Selbstbeherrschung und Geduld des deutschösterreichischen Volkes unterblieben sind. Nun scheint man endlich auch in den heutigen Machtzentren der Welt einzusehen, daß für eine Rettung des ganzen politischen Systems in Mitteleuropa die letzte Stunde gekommen ist. Denn bricht Deutschösterreich zusammen, dann hat das ganze Friedenswerk, das in Versailles und Saint Germain aufgerichtet wurde, seinen Boden verloren. Daß eine gewisse Aushilfe gewährt werden wird, scheint im Augenblick kaum mehr zweifelhaft. Fraglich ist noch immer, ob in Versailles wieder nur eine Nothilfe für den Augenblick oder ein mehr oder weniger langfristiger Aufbauplan für Deutschösterreich beschlossen werden wird.

Die Vorschläge der Reparationskommission, die die Grundlage der Versailler Verhandlungen bilden, haben den wirtschaftlichen Aufbau eines selbständigen Deutschösterreich zum Ziel. In der praktisch bedeutsamsten Frage, dem Ausmaß der Kreditgewährung ist der Unterschied stellen nicht sehr groß: Eine Nothilfe, wie sie bereits 1919 gewährt wurde, müßte mindestens 50 Millionen Dollars betragen. Die Reparationskommission beantragt demgegenüber einen Kredit von 250 Millionen Dollars (oder, wie er in der englischen Presse ohne Rücksicht auf die Valutadifferenz beziffert wird, 50 Milliarden Pfund), will diesen aber auf fünf Jahre verteilen, so daß 1921 80, im nächsten Jahre 70, im dritten und vierten Jahre je 40 und im letzten Jahre 20 Millionen Dollars zugezählt werden sollten.

Daß solche Beträge für die Erhaltung des deutschösterreichischen Wirtschaftskörpers ganz und gar unzulänglich sind, ist wohl auch den einsichtigen Mitgliedern der Wiener Reparationskommission nicht verborgen geblieben. Sie haben offenbar die Summe von 250 Millionen Dollars als das Höchstmögliche angesehen, was sie überhaupt mit einiger Aussicht auf Erfolg vertreten könnten. Aber damit haben sie in Wirklichkeit ihr Ziel, das selbständige Deutschösterreich lebensfähig zu machen, selbst ausgegeben. Der hauptsächlichste Urheber der Anträge der Reparationskommission, der englische Delegierte Sir William Goode, läßt das in einer ausführlichen Denkschrift, in der er seine Anträge begründet, deutlich genug erkennen. Er selbst bezeichnet seine Vorschläge nicht als Sanierungsplan, sondern nur als „einen ernsthaften Schritt im Sinne einer Sanierung der wirtschaftlichen Notlage Deutschösterreichs“. Er selbst sei zwar „durchaus nicht der Ansicht, daß Oesterreich niemals wieder lebensfähig werden könne, müsse aber zugestehen, daß sich viele Schwierigkeiten ergeben. Andererseits glaube er nicht, daß die Alliierten ohne weitere Bemühungen und Verjuche sich zu einer finanziellen Unterstützung Oesterreichs auf eine unbestimmte Zeit hinaus verpflichten oder auch Oesterreich erlauben würden, sein politisches Schicksal selbst zu bestimmen.“ Goode arbeitet schon damit deutlich die Alternative heraus, vor der die Alliierten in Wahrheit stehen: Entweder Deutschösterreich auf unabsehbare Zeit aus ihren Mitteln zu erhalten oder ihm den Anschluß an Deutschland zu gestatten. Ganz offen spricht er das an einer anderen Stelle aus.

„Entweder Deutschösterreich erhält die unentbehrliche Notstandsanleihe oder die Reparationskommission verliere die Meinung aus, daß dieses Mittel nutzlos bleiben müsse, da Oesterreich unter dem vom Friedensvertrag geschaffenen Bedingungen nie mehr ein wirtschaftlich lebensfähiger Staat werden könne. Im letzteren Falle würden die Alliierten sich genötigt sehen, entweder die finanzielle Unterstützung Deutschösterreichs auf eine unbestimmte Dauer auf sich zu nehmen, oder dem österreichischen Staat zu gestatten, seine Politik selbst zu bestimmen, d. h. den Anschluß an Deutschland durchzuführen.“

Das ist offenbar an die Adresse Frankreichs gerichtet, dem auf diese Weise die Initiative und wirtschaftliche Hauptlast an der Wirtschaftshilfe für Deutschösterreich zugeschoben werden soll. Aber dadurch kompliziert sich gerade die Lage. Der erste Hilfskredit im Jahre 1919, der bereits 48 Milliarden Dollars betrug, wurde formell zu gleichen Teilen von den drei europäischen Hauptmächten, England, Frankreich und Italien, tatsächlich aber von Amerika gewährt, an das bisher nur England seine Drittelanteile zurückzahlen konnte. In dem zweiten amerikanischen Hilfskredit von 200 000 Tonnen Mehl, von denen Deutschösterreich bis zur letzten Ernte lebte, hat sich England durch kostenlose Bestellung von Schiffsraum beteiligt, Frankreich und Italien trugen dazu überhaupt nichts bei. Nun scheint Amerika für den Augenblick als Kreditgeber überhaupt aus. Es wird frühestens im April sich wieder aktiv den europäischen Dingen zuwenden und wird vielleicht seine wirtschaftliche Hilfe an politische Bedingungen